

Die Zeit läuft davon

Das vergangene Jahr stand nicht nur geopolitisch, sondern auch wirtschaftlich unter keinem guten Stern. Ein Blick ins Ausland zeigt aber, dass die gesamte Branche vielfältigen Belastungen ausgesetzt war und sich die deutschen Seehafenbetriebe im Vergleich gut geschlagen haben.

Bundespolitisch betrachtet war es zweifelsohne ein besonderes Jahr, denn die Seehäfen standen im Fokus wie lange nicht mehr. Das lag vor allem an der Erarbeitung der nationalen Hafenstrategie und den umfassenden anstehenden Herausforderungen. Diese sind vielfältig. Vor allem in den großen Seehäfen besteht ein enormer Sanierungsbedarf bei Kaimauern, Brücken, Straßen oder Schienen. Diese müssen zudem für das steigende Warenaufkommen ausgebaut werden, ebenso wie die Infrastrukturen im Hinterland. Für die Verladung von Anlagen der Offshore-Windenergie müssen neue Schwerlastflächen gebaut werden, für den großen Importbedarf an Wasserstoffderivaten brauchen wir Liegeplätze, Bunkeranlagen und Pipelines.

All diese Themen haben gemein, dass die Zeit knapp wird. Die nationalen Ziele für die Absenkung der Emissionen und den Ausbau der Windenergie sind beschlossen, und auch das Güterverkehrsaufkommen wird sich ungeachtet unzureichender Verkehrsinfrastrukturen weiterentwickeln. Von politischer Seite braucht es hierfür eine stringente Hafenpolitik und die nötigen finanziellen Mittel. Ersteres soll die nationale Hafenstrategie und vor allem deren Umsetzung leisten. Gespannt



Angela Titzrath (Präsidentin ZDS).



Containerumschlag am Container Terminal Burchardkai im Hafen Hamburg.

warten wir daher auf deren Veröffentlichung, die ursprünglich bereits Ende 2023 geplant war. Wenig Bewegung zeichnet sich bei der Finanzierungsfrage ab. Gemeinsam mit den fünf norddeutschen Ländern haben wir uns für eine schnelle Erhöhung der Mittel stark gemacht. Bislang ohne den entscheidenden Durchbruch. Ein Zögern in dieser Frage ist gefährlich. Denn die Zeit ist knapp und ohne funktionierende Seehäfen geraten wesentliche Teile des deutschen Wirtschaftssystems sowie zentrale Ziele der Bundesregierung in Gefahr. In diesem Sinne kann 2024 zu einem vorentscheidenden Jahr werden, nicht nur für die deutschen Seehäfen.

Angela Titzrath (Präsidentin ZDS)